

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

118 (20.10.1923)

Erscheint
bis auf weiteres einmal
Samstag.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger z. unjere Austräger
ohne Vorkasse
für Oktober 1923 4000 Mark mal
Schlüsselzahl treibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.
Postfach-Nr. 6903.
Karlstraße Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Mk.
Familien-Anzeigen 20 Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 90 Mk.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom
Verein deutscher Zeitungsverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgesetzt wird.
Grundgebühr im Anzeigen- und
Tertial in Vert.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
tretung und bei Konkurs erlischt.
Plagiate werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 118.

Samstag, den 20. Oktober 1923.

84. Jahrgang

Die Besprechung zwischen dem deutschen Geschäftsträger und Poincare.

Völliger Mißerfolg?

Eine offizielle französische Mitteilung.

Paris, 18. Okt. Wie aus einer von der Havasagentur
offenbar beabsichtigten Mitteilung hervorgeht, hatte der deutsche
Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hösch, heute vormittag eine
Unterredung mit Poincare, in der er hauptsächlich die Schwierig-
keiten der wirtschaftlichen Lage Deutschlands schilderte. Unter
anderem wurde seitens des Herrn von Hösch die Frage der Sach-
lieferungen und die Mittel, aus denen diese Lieferungen bezahlt
werden sollen, erörtert. Ueber die letztere Frage bezieht sich
Poincare auf die öffentliche Mitteilung des Reichskanzlers,
daß die deutsche Regierung den Industriellen ihre Lieferungen
nicht bezahlen könne und betonte, daß die Verhandlungen zwi-
schen der französischen und deutschen Regierung über diese Fragen
erst aufgenommen werden könnten, wenn in den besetzten Ge-
bieten das normale Regime, wie es vor dem 11. Januar be-
standen habe und durch die Wiedereröffnung der Sachlieferun-
gen und Arbeit wiederhergestellt sei. Wenn die deutsche Re-
gierung diese Bedingung erfüllt habe, so hindere sie nichts, eine
Note an die Reparationskommission zu richten. Die Mitteilung
werde geprüft werden. Herr von Hösch übergab auch einige
Schriftstücke über die technischen Fragen, die die Einziehung
der Kohlensteuer und die Instruktionen an die Beamten be-
treffen. Auch diese Schriftstücke werden geprüft werden.

Einen ähnlichen Schritt unternahm der deutsche Geschäft-
sträger in Brüssel bei dem belgischen Außenminister Jaspar.
Jaspar hat sich sofort mit dem Quai d'Orsay in Verbindung ge-
setzt. Auch französischerseits wurde über die Unterredung mit
dem deutschen Botschafter in Paris der belgischen Regierung
Mitteilung gemacht.

„Endgültig geschickert.“

Paris, 18. Okt. Die Pariser Morgenblätter versichern,
der gestrige Schritt des deutschen Geschäftsträgers habe zu einem
völligen Mißerfolg geführt. Die Bemühungen Stresemanns, vor
währendiger Einstellung des passiven Widerstandes über die
Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Ruhrgebiet zu Ver-
handlungen zu gelangen, seien endgültig gescheitert. Öffentlich
werde man in Berlin nunmehr die Absichtsfähigkeit weiterer
Versuche in dieser Richtung einsehen und statt dessen lieber
die Wiedereröffnung der Sachlieferungen dadurch sichern, daß die
Ruhrindustriellen gezwungen werden, der Reichsregierung für
die Uebergangszeit bis zur Schaffung eines wertbeständigen Zah-
lungsmittels Kredite zu gewähren.

Schlimme Lage der rheinischen Industrie.

Köln, 18. Okt. Von der Haltung der deutschen Indu-
striellen gibt der Berichterstatter der Times im besetzten Gebiet
folgendes Bild:

Ich bin in der Lage, aus bester Quelle mitzuteilen, daß
in einer Konferenz die am Dienstag nachmittag von den indu-
striellen Führern abgehalten wurde, die die Verhandlungen mit
den Franzosen geführt haben. Von einer Seite wurde festgestellt,
daß der Finanzminister zu dem Schluß gekommen sei, daß es
unmöglich sei, gegenwärtig die Sachlieferungen für Frankreich
oder überhaupt irgendwelche Entschädigungsleistungen an die
Verbündeten weiter zu bezahlen. Das finanzielle Chaos der
Verlust der Steuer- und Eisenbahneinnahmen im Rheinland
und Westfalen, die allgemeine Erschöpfung nach dem Ruhr-
kampf und die dringende Notwendigkeit, die Bevölkerung mit
Lebensmitteln zu versehen, verlangen dringende Maßnahmen und
die Beschränkung auf das wirtschaftliche Problem. Wahrscheinlich
würden sogar die Vorschläge in Bagdad an die Befehlshaber
eingestellt werden müssen. Die Regierung bereitet eine
Note an die Verbündeten vor, die baldigt abgehandelt werden
soll und die die Einstellung aller Entschädigungszahlungen bis
auf weiteres darstellt. Es war den Industriellen damit klar ge-
worden, daß die Antwort auf die Frage, die jeder stellte: „Wer
bezahlt die Wiederherstellungskosten?“, offensichtlich nicht „Ber-
lin“ heißen werde, da die Regierung angezeigt habe, daß weder
Zahlungen noch Ruhrkredite weiter gewährt werden können.
Die letzten Summen aus den Ruhrkrediten zur Zahlung der
Löhne werden mit dem Ende dieser Woche erschöpft sein.

Die Industriellen hätten eingehende Untersuchungen daheim
wie auswärts angestellt, aber niemand habe sich bereit erklärt,
Leuten Kredit zu gewähren, deren Eigentum sich in den Hän-
den fremder Truppen befände und jeden Augenblick enteignet wer-
den kann. Holländische Bankleute haben es grundsätzlich abge-
lehnt, einer deutschen Firma Kredit zu gewähren. Auch von
England ist unter keinen Umständen Beistand zu erwarten.
Einige der größeren Betriebe können Kredite in Deutschland auf-
nehmen, die es ihnen ermöglichen würden, für weitere 7 bis 14
Tage Löhne zu zahlen; aber das wäre auch alles. Ihr Besitz
an Devisen, erklärten die Industriellen, sei völlig erschöpft.

Die deutschen Beamten im Dienste der Regie.

Berlin, 13. Okt. Der Reichsverkehrsminister hat eine Auf-
forderung an das im besetzten Gebiete anwesende Personal der
zurzeit nicht im Betriebe der deutschen Verwaltung befindlichen
Bahnstrecken gerichtet, in der dieses angefordert wird, sich am
Mittwoch, 17. Oktober, zur Aufnahme des Dienstes bei der
Regie zu melden. Der Ableistung des Dienstes steht nichts
entgegen, nachdem der Leiter der Regie öffentlich erklärt hat,

daß die eigentliche Verpflichtung lediglich einen rein beruflichen
Charakter hätte. Nach dieser Erklärung könne die Abgabe
des Eides gegen das Reich bestehenden und weiter bestehen
bleibenden Treupflichten nicht aufheben. Namens der Regierung
stellte der Reichsverkehrsminister fest, daß die Regierung die
Regie als eine nur vorübergehende Verwaltung ansehen könne
und daß die gegenwärtige Regie die Rechte des Deutschen Reiches
an den besetzten Bahnen nicht berührt.

Die Hindernisse der Verkehrsaufnahme.

Berlin, 15. Okt. In einer Erklärung von sachverständiger
Seite anlässlich eines Aufrufes des Reichsverkehrsministers an
das Eisenbahnpersonal zur Aufnahme des Dienstes heißt es u. a.:
Die Erwartung, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes
alsbald eine Verständigung über die dringenden gewerkschaft-
lichen und praktischen Fragen zwischen Paris und Berlin sich
anbahnen werde, erfährt keine Befestigung. Das trifft leider
auch für die Rhein- und Ruhrbahnen zu, deren volle Inbe-
triebsetzung erst den ungestörten Gang des Wirtschaftslebens
der besetzten Gebiete ermöglichen würde. Unter deutscher Ver-
waltung und mit bewährtem deutschem Personal würde, wie
sicher behauptet werden kann, diese Arbeit bereits im besten Zuge
sein, auch die Wiederaufnahme der Reparationen, die nicht
in letzter Linie Transportfrage ist. Vor der Aufgabe des passiven
Widerstandes konnte die Regie nur einen Zweck haben als
politisch-militärisches Kampfmittel. Heute ist für sie in dieser
Form kein Grund mehr vorhanden. Sie dient nur noch dem
Zweck der politischen Abschirmung und der Bildung eines selbst-
ständigen Rhein- und Ruhrreisensbahnnetzes unter französischem
Einfluß. Wenn die Regie jetzt erklärt, allgemein einen gewissen
Prozentsatz deutschen Personals wieder einstellen zu wollen,
so befindet sie sich entweder noch im Irrtum über die Ansprüche
des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens an den Verkehr
oder ist von vornherein nicht ihre Absicht, den Verkehr im alten
Umfange wieder zuzulassen. Jedenfalls scheint ihr Interesse
an einer schnellen Wiederbelebung nicht das gleiche wie das deut-
sche zu sein. Auch harren noch Lausener der Ausgewiesenen
der Rückkehr, schmachten noch wackere Eisenbahner im Ge-
fängnis, ohne daß die Regie deren Rückkehr erlaubt. Die deut-
sche Regierung wird kein Mittel unversucht lassen, um diesen
ihre Arbeit und ihre Freiheit wiederzugeben. Auf Frankreich
aber fällt die Verantwortung dafür, daß die Herstellung nor-
maler Verkehrsverhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet zugunsten
aller an den Reparationen interessierten Länder selbst nicht
möglich war.

Deutsche Reparationsleistungen.

Rom, 13. Okt. Nach einer Meldung der Agentur Volta
hat Deutschland im ersten Halbjahr 1923 bedeutende Repa-
rationen geleistet. Es erhielten in Goldmark: Frankreich 1,8
Milliarden, Belgien, 1,7 Milliarden, England, 1,230 Milliarden
Serbien 204 Millionen, Japan 60 Millionen, Rumänien 30,
Tschechoslowakei 20, Polen 15, Griechenland 13 und Portugal
12 Millionen. In einschichtigen politischen Kreisen fragt man sich,
warum es Deutschland unterlassen habe, mit diesen Ziffern
wirkliche Propaganda zu machen, während Poincare jeden
Sonntag behauptet, Deutschlands Wille sei nicht zu zahlen. Be-
merkenswert in dieser Aufstellung sei, daß ein Zehntel der ge-
samten Summe Italien in Devisen erhielt. Es wird zugegeben,
daß die Einnahmen aus den deutschen Zahlungen erst in
zweiter Linie zu eigentlichen Reparationen verwendet würden.
England und Frankreich hätten das meiste davon für die Be-
satzung ausgegeben, so daß Italien relativ die größten Repa-
rationssummen erzielt habe. — Wir geben diese Zahlen aus-
drücklich als Aeußerung der italienischen Agentur Volta wieder.

Die Zerziehung Deutschlands.

Mit dem Bau der Zollbahnhöfe, vorläufig Einönd (Pfalz)
und Limbach (Kreis Saarlouis), wird in diesen Tagen begonnen
werden. Die Unternehmer sind angewiesen, sogar verpflichtet
so weit möglich, die insofern Personalüberflusses im Bereich
der saarländischen Eisenbahnverwaltung entlassenen Eisenbahn-
arbeiter einzustellen und zu beschäftigen. Mit dem Bau der
Zollbahnhöfe Homburg, Merzig und St. Wendel wird später
ebenfalls begonnen werden.

Aus der französischen Presse.

Paris, 13. Okt. „Ere Nouvelle“ weist auf Aeußerungen
des Sonderberichterstatters des „Journal des Debats“ aus Wis-
seldorf hin. Dieser Berichterstatter zerzähle der Bahn eines
Erfolges, den das Pariser Kabinett in den besetzten Gebieten
in den letzten Tagen erzielt haben wolle. Das große Unglück
sei, daß man alle Dinge von innerpolitischen französischen
Standpunkt aus betrachte. Tatsachen seien keine Tatsachen mehr,
sondern Anschuldigungen für Lobeshymnen oder für haßer-
füllte Improvisationen. Es handle sich aber gar nicht mehr
um Poincarismus oder Antipoincarismus, sondern es handle
sich darum, mit einem besetzten, aber noch ungeheuer vitalen
Volk ein praktisches Abkommen zu schließen, das Reparations-
zahlungen sicherstelle. Man könne einem Volke von 60 Mil-
lionen Einwohnern, das mutig und arbeitfam sei, keine An-
strengung entziehen, die Hunderte von Milliarden einbringen
soll, gegen seine Ansicht und seinen Willen. Wir haben, meint
„Ere Nouvelle“, das Währungschaos mit verursacht helfen.
Wir stehen im Begriff, auch das soziale Chaos zu provozieren.
Wollen wir wirklich in diesem Doppelspiel der Desavouierung

das Mittel finden, das Reparationsbudget zu schaffen, dessen
wesentliches Element die wirtschaftliche und politische Stabilität
unseres Gegners ist? Wer sich mit den Industriellen einigen
will und Deutschland verachtet, der will sich mit dem Parfüm
einer leeren Phrase begnügen. Ein großes besiegt Volk, selbst
wenn es sich verirrt, bleibe immer noch ein großes Volk.
Und nur dadurch, daß man es als solches behandelt, kann sein
Sieger mit ihm große Dinge durchführen.

Auch Andre Tardieu macht Poincare in seinem „Ere de
Paris“ klar, daß er seine Mummie, die des Ruhrgebietes, erst
zum Leben erwecken müsse. Ein ungeheures Problem sei zu
lösen, ein industrieller Plan von beispiellosem Umfang. Fünf
Faktoren würden durch dieses Problem berührt: die Produk-
tion, die Ernährung, der Verkauf, der Transport und die Wäh-
rung. Eine zentrale Autorität sei notwendig, um diese fünf
Klaustere spielen zu lassen. Könne General Degoutte diese
ungeheuren Aufgabe erfüllen? Die Regierung allein sei in der
Lage, darüber zu urteilen. Aber die schlimmste Methode wäre es,
die ungeheuren Schwierigkeiten ignorieren zu wollen, über
die man hinwegkommen müsse, bevor man auch nur daran denken
könne, das Geringste für die Reparationszahlungen aus dem
Ruhrgebiet herauszuholen.

Ein ehrliches Eingeständnis.

In der Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht der
Reichstagsabgeordnete Hück einen Aufsatz, in dem er unter an-
derem sagt: „Die öffentliche Meinung sollte in jedem Lande
aufgeklärt und ausgerüstet werden und den Franzosen, diesem
stolzen Volke, das es so liebt, sich im bengalischen Lichte der
Bewunderung zu spiegeln, sollte zu verstehen gegeben werden,
daß seine Gewalttaten im besetzten Gebiet allgemein als ein
Schandfleck auf ihrem Ruhmeschild betrachtet werden. Ein
solcher moralischer Druck würde wahrscheinlich genügen, um die
französische Regierung zu veranlassen, sich wenigstens die deut-
schen Vorschläge anzusehen, und wenn das keinen Erfolg hätte,
so gibt es noch andere Mittel, außer einem Kriege, für die
praktische Politik. Das Portemonnaie ist die Achillesferse des
französischen Bourgeois, und wenn Beschränkungen des Han-
dels und der Finanz, die nicht einmal von den Regierungen,
sondern von Privatreisen veranlaßt werden könnten, wenn der
Frank im Kurse fiele, so würden die Lage der Poincare'schen
Regierung gefährdet sein. Aber unglücklicherweise ist Propaganda
niemals die starke Seite der deutschen Diplomatie gewesen,
während die Franzosen es meisterhaft verstanden, ihre wahre
Meinung schlaue durch Phrasen wie „Erforschung“, „Kommission
der Ingenieure“ usw. zu verschleiern. Dies geht so weit, daß kürz-
lich zwei Amerikaner, die das Ruhrgebiet besuchten und den fran-
zösischen Militarismus und seine Taten beobachteten, einem
amerikanischen Beamten in Frankfurt sagten, daß es nichts
nügen würde, darüber der amerikanischen Presse zu schreiben, da
diese ganz und gar pro-französisch sei. Hört man dergleichen,
müchte man mit Marc Antonius ausrufen: „O Urteilskraft,
du bist zu den Tieren geflohen und Menschen haben ihre Ver-
nunft verloren.“ Wenn der heldenhafte passive Widerstand und
das Märtyrertum vieler Millionen nicht vermögen, irgend eine
Tat des Mitgeföhls bei den anderen Nationen anzuregen und die
Freunde der Gerechtigkeit in jedem Winkel der Erde zu einem
moralischen und wirtschaftlichen Druck auf Frankreich aufzu-
rufen, kann man ruhig zugeben, daß die Friedensliebe verfaßt
hat, und das Schicksal der Welt ferner durch die größte Anzahl
von Flugzeugen, Tanks und Risikanonen beherrscht werden
wird. Das wäre wenigstens ein ehrliches Eingeständnis.

„Friede.“

Der Herausgeber der Zeitschrift „Foreign Affairs“ schreibt:
Bier und ein halb Jahre Krieg. Vier Jahre „Frieden.“ Die
Ausgaben für Rüstungen betragen für die nächsten zwölf Mo-
nate das Doppelte wie in den Jahren 1913-1914. Fieberhaft
bauen wir an der Luftflotte gegen Frankreich. Wir errichten
eine große Flottenbasis gegen Japan in Singapur. Das Parla-
ment diskutiert die Möglichkeit eines Krieges mit Japan, wie
es über die Wohnungsfrage, Alterspensionen oder irgend etwas
anderes diskutiert. Bald wird dies auch in bezug auf Frank-
reich geschehen. Das republikanische Rußland betrachten wir als
Paria unter den Nationen. Vier Millionen Männer unter Waf-
fen allein in Europa und drei weitere Millionen werden für
den Krieg ausgebildet. Die Hilfsquellen und Erfindungen der
Wissenschaft dienen alle dem Militarismus, und neue Hölle-
maschinen und Substanzen, wirksamere Kriegswerkzeuge wer-
den in den Regierungswerkstätten und Laboratorien in allen
Weltteilen ausprobiert. Das ist das Resultat eines „Befrei-
ungskrieges“, und eines „Friedens der Gerechtigkeit!“ Die eng-
lische Nation hörte auf Lloyd George, den Haupturheber des
britischen und europäischen Ruins, und zahlte den Preis dafür.
Wie im Parlament gefagt wurde, sind wir umgeben von den
Geßtern der Gefallenen, die bitten und flehen und fordern,
daß wir eine Friedenspolitik einschlagen. Aber der Vertrag
von Versailles bindet uns an eine Politik des Krieges und so
lange er Geltung hat, wird der Krieg die Oberhand behalten.

Lloyd George über das Friedensproblem.

London, 13. Okt. Lloyd George erklärte in Amerika in
Unterredungen: Ich glaube, daß eine Entente zwischen den
Vereinigten Staaten und Großbritannien sich vorbereiten, um
der Welt einen vernünftigen Frieden zu geben. Diese Entente
würde nicht durchaus einen feierlichen Pakt erfordern, sie hätte
aber die Bedeutung, daß die beiden großen Völker entschlossen
sind, sich zusammenzutun, um der Sache des Friedens zum
Erfolg zu helfen. Diese Entente würde der Welt bald als die
größte moralische Macht erscheinen. An dem Tage, an dem
Großbritannien und die Vereinigten Staaten erklären würden,
daß sie keinen Krieg mehr dulden, würde es auch keinen Krieg

mehr geben. Diese Erklärung Lloyd Georges ist einer Reuter-
meldung zufolge dem Präsidenten Coolidge vorgelegt worden,
der dazu bemerkte, Lloyd George sei ein früherer englischer
Ministerpräsident, der gewiß noch zahlreiche Anhänger in Eng-
land habe. Die amerikanische Regierung könne aber einen
solchen Vorschlag nur in Erwägung ziehen wenn die gegen-
wärtige englische Regierung ihn vorlege.

Englands Abkehr von Europa.

London, 13. Oktober. Die gestrigen Reden Baldwins und
der Ministerpräsidenten der Kolonien werden in unterrichteten
politischen Kreisen und in der Presse allgemein dahin ausge-
legt, daß die englische Regierung entschlossen ist — ohne ihre
Reparationsanfrage preiszugeben, — ihre aktive Politik da-
rauf zu richten, für die hoffnungslose Wirtschaftslage in Europa
Erlaß zu finden in einer Politik wirtschaftlicher Isolierung und
kraftvoller Entwicklung der eigenen Bodenschätze für den Handel
zwischen Mutterland und Kolonien. Die Auffassung der liber-
alen Partei über diese Schwankung des Kabinetts Baldwin,
die für unterrichtete Beobachter der englischen Politik keines-
wegs unerwartet gekommen ist, kommt am besten in dem Aus-
spruch Asquiths zum Ausdruck, der kürzlich ausführte, daß
Schutzzölle und wirtschaftliche Isolierung anscheinend einen ge-
dankenarmen Erlaß für zielbewußte und entschlossene Außen-
politik bilden müßten. Die Vorstände der Arbeiterpartei und der
Gewerkschaften haben gestern in einer Sitzung beschlossen, in
ganz England Proteste und Demonstrationen zu veranstalten,
um die verhängnisvolle und gefährliche Untätigkeit der eng-
lischen Regierung in der Behandlung des Arbeitslosenproblems
der breiten Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen.

Ein Tritt Poincares für die Schweiz.

Bern, 13. Okt. Die französische Regierung hat durch Ver-
ordnung der Zollfreiheit der französischen Zone am Genfer
See aufgehoben und ist damit rücksichtslos über die ablehnende
Haltung des Schweizer Volkes hinweggegangen. Der Bundesrat
hat in seiner Sitzung am Freitag die Lage, die durch die fran-
zösische Entscheidung geschaffen wird, einer Beratung unter-
zogen. Er hat festgestellt, daß diese Entscheidung, wenn sie
ausgeführt wird, die Rechte der Eidgenossenschaft verletzen wird,
die ihr aus den Verträgen von 1815—16 zukommen. Sie steht
in Widerspruch mit dem letzten Absatz des Artikels 435
des Verfallter Vertrages. Der Bundesrat hat beschlossen, gegen
den von der französischen Regierung angekündigten Akt Ver-
wahrung einzulegen. Dieser Akt hat eine durch keine genügende
Gründe gerechtfertigte Unterbrechung der noch schwebenden Be-
sprechungen zur Folge. Der Bundesrat wird die französische
Regierung ersuchen, die strittigen Rechtspunkte dem Ständigen
Internationalen Schiedsgericht im Haag zu unterbreiten.

Heute Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Essen, 17. Okt. Wie verlautet, haben die Verhandlungen
zwischen Besatzungsbehörden und deutschen Postbehörden dazu
geführt, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit für heute ge-
redmet werden kann. Vor einiger Zeit hatte die Postverwaltung
schon Vorkehrungen getroffen, um die Arbeit wieder aufzunehmen.
Auch die Dortmunder Verhandlungen sollen vor dem
Abschluß stehen, so daß in den nächsten Tagen der Dortmunder
Postbetrieb wieder aufgenommen werden dürfte.

Die Franzosen sabotieren den deutschen Arbeitswillen.

Düsseldorf, 16. Okt. In öffentlichen Verhandlungen suchen
die Franzosen den Anschein zu erwecken, als ob sie die Wieder-
aufnahme der Arbeit nach Möglichkeit beschleunigten. In Wirk-
lichkeit verzögern sie jede positive Maßregel. Auf eine Eingabe
der Behörden und der Wirtschaftskreise, in der gebeten wurde,
die Truppen aus den Werkstätten zurückzuziehen, ließ der
kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf mit-
teilen, daß diese Frage vorläufig zurückgestellt werden müsse.

Bedenken gegen die französische Politik.

Paris, 17. Okt. Die „Journée Industrielle“ schreibt in
ihrem heutigen Leitartikel, sie würde sich wundern, wenn die
Politik Poincares gegenüber Deutschland nicht demnächst einen
Sturz des Auslandes zu bestreiten haben werde. Seit einigen
Tagen mache sich die Tätigkeit des Foreign Office und des
englischen Schatzamtes in ziemlich offener Weise auf diversen
Punkten des diplomatischen Schachbrettes geltend. So werde
die Deffinitivität in Italien stark bearbeitet und bei ge-
wissen Vorkäufnern aller alten Lehren erkenne man das chro-
nische Mißtrauen gegenüber Frankreich. Sogar in Belgien seien
derartige Strömungen an die Oberfläche gelangt. Die Einstellung
des passiven Widerstandes, die inneren Unruhen in Deutsch-

land und die separatistischen Kundgebungen hätten das Miß-
trauen dezer wieder hervorgerufen, die innerhalb und außer-
halb Europas von einer eventuellen Hegemonie Frankreichs
auf dem Kontinent sprächen. Diese Beatzwörungen seien un-
begründet, sowohl was die Absichten als die Mittel der fran-
zösischen Politik betreffen.

Der angebliche Anleiheplan des Generals Smuts.

London, 17. Okt. Der vielfach aus offiziellen Kreisen in-
formierte Evening Standard meldet heute, daß das französische
Kabinet unterrichtet wurde über die von General Smuts
auf der Reichskonferenz angeregte interalliierte Anleihe des
Völkerbundes zur Stabilisierung der neuen deutschen Gold-
währung. Paris steht derartigen Vorschlägen, die diesesmal
nicht im Einvernehmen mit der englischen Regierung, sondern
im Namen des britischen Weltreiches den Alliierten übermittelt
werden würden, wenn die Reichskonferenz mit ihnen einver-
standen ist, mit lebhaftem Interesse gegenüber und es ist nicht
ausgeschlossen, daß General Smuts durch persönliche Fühlungs-
nahme mit Paris den Versuch machen wird, die englischen und
französischen Anschauungen bezüglich der Reparationsfrage in
Uebereinstimmung zu bringen. Das Blatt erinnert daran, daß
es General Smuts war, der die Formel für den Frieden zwischen
Irland und England gefunden hat.

Diese Meldung verdient besondere Beachtung, da in hiesigen
liberalen Kreisen nichts unerwacht gelassen wurde, um den
Premierminister von Südafrika zu bewegen, eine selbständige
gegen Frankreich gerichtete Reparationspolitik auf der Reichs-
konferenz durchzusetzen. Wie mir heute ein persönlicher Freund
des Generals erklärte, „sei Smuts aber ein viel zu klar denkender
und befonnener Politiker, um solche aussichtslosen Pläne
zu fördern, die weder den Alliierten noch Deutschland helfen
könnten, sondern die nur dazu dienen würden, die notwendige
Regelung der Reparationsfrage noch weiter hinauszuschieben.“

Die Franzosen nisten sich ein.

Essen, 17. Okt. Die Besatzungsbehörden richten sich gegen-
wärtig für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits
eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels
und Privatwohnungen mit rund 4000 Zimmern beschlagnahmt
worden sind, ergeht nunmehr an das Besatzungsamt Essen die
Aufforderung, 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern
bereit zu stellen. Jede einzelne Wohnung muß vollständig
möbliert sein, Küche und Mädchenzimmer umfassen. Das Be-
satzungsamt muß auch für Heizmaterial und Beleuchtung der
Wohnung Sorge tragen. Außerdem sind Stallungen für 380
Pferde angefordert worden. Da nicht genügend Stallungen
vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten
auszuführen.

Eine Billionenpönde für das Ruhrgebiet.

Berlin, 12. Okt. Der Verband der Fabriken von Blumen,
Kostümen und verwandten Artikeln und der Verband für Damen-
und Mädchenbekleidung hat dem Reichskanzler eine umfangreiche
Leihspende für das Ruhrgebiet übergeben, die einen außer-
ordentlich wertvollen Beitrag zur Linderung der Not des besetzten
Gebiets darstellt. Die Spende umfaßt annähernd 500 Paar
Strümpfe, zirka 1400 Hemden, 4000 Beinkleider und etwa
1000 Kinderanzüge. Sie ist dem deutschen Volksooper zur
Verfügung gestellt worden.

Kritische Lage in Polen.

Warschau, 16. Okt. Die innerpolitische Situation Polens
ist höchst, ohne oder gerade weil man außerstande ist, kon-
krete Unterlagen dafür anzuführen. Man fühlt von allen Seiten
kaum leise Angedeutetes, absichtlich Verschwiegenes, ängstlich Ver-
suchtes. Feindselige amliche Kundgebungen und nicht minder
feindselige Erklärungen in der Presse bezeichnen die vorgefährte
Explosionskatastrophe in der Warschauer Skizelle als ein zwisfel-
los politisches Attentat, ohne jedoch auch nur den geringsten
Beweis dafür anzuführen, und die liberale Presse versucht,
die Katastrophe als ebenso zweifellose Folge eines unglücklichen
Zwischenfalles darzustellen, wiederum ohne die geringsten Be-
weise für diese Deutung zu liefern. Aber in beiden Lagern
wird von Putsch gesprochen, die unmittelbar bevorstehen oder
gar bereits begonnen haben sollen. Der Mann auf der Straße
kennt sich nicht mehr aus in diesen gegenseitigen Beschuldigungen
und fühlt nur, daß vielleicht Hochverrat unmittelbar bevor-
steht. Zunächst hörte er, daß die vorgefährte Katastrophe ein Werk
der Kommunisten sei. Nun hört er, daß die 147 gestrigen
Verhaftungen (zum größten Teil aus intelligenten Kreisen,

wie Rechtsanwälte, Künstler, Studenten) gar nicht wegen der
Explosion, sondern wegen Spionageverdacht erfolgt seien.

Unter dem Ermächtigungsgesetz.

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.
Berlin, 13. Okt. Der Reichstag hat heute mittag das Er-
mächtigungsgesetz angenommen. Es waren 347 Abgeordnete an-
wesend, 316 haben für das Gesetz gestimmt.

Die neuesten Verordnungen der Reichsregierung.

Berlin, 14. Okt. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich
das Reichsministerium mit der Frage der Bekämpfung der
Preisstreiberereien durch Kartelle und Preiskonventionen. Die
beteiligten Ressorts sind mit der Lösung dieser Frage befaßt.
Anschließend kamen die Richtlinien für die künftige Wohnungs-
politik zur Erörterung und zur Beschlußfassung.

Das Ende der Bauzuschüsse.

Der künstlich durch Zuschüsse aufrecht erhaltene Wohnungs-
bau dürfte in den nächsten Wochen ganz eingestellt werden.
Der Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß festgestellt wer-
den soll, welche Kosten in Goldmark die Vollendung der be-
gonnenen Bauten verursachen würde. Nur die fast fertigen
Häuser sollen vollendet werden, die nicht so weit vorgeschrittenen
Bauten sollen nur vor Verfall geschützt werden. Der Reichs-
arbeitsminister gibt in dem Erlaß zu, daß durch die Einstellung
der Bauten die Arbeitslosigkeit verschärft wird, glaubt aber,
daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Finanzen des Reichs
weniger belastet werden.

Die Betriebsstilllegungen.

Weitere Beschlüsse der Reichsregierung betrafen die so-
genannten Demobilisierungsverordnungen, das sind die Verord-
nungen über die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern
vom 12. Februar 1920 und über Betriebsstilllegungen vom 8.
November 1920. Diese Verordnungen waren von vornherein nur
für eine Uebergangszeit bestimmt. Die Reichsregierung hat sich
bei ihren Beschlüssen von dem Bestreben leiten lassen, die Pro-
duktivität der Wirtschaft wiederherzustellen, ohne dabei auf
den notwendigen Schutz der Arbeitskraft zu verzichten. Sie
hat deshalb durch Artikel 1 der Verordnung über Betriebs-
stilllegungen und Arbeitsstreckung die geltenden Vorschriften dahin
ergänzt, daß in der Sperfrist von regelmäßig vier Wochen,
die einer Betriebsstilllegung oder einer größeren Betriebseins-
chränkung vorausgehen muß, auch Entlassungen von Arbeit-
nehmern nur mit Zustimmung der Behörde wirksam sind und
daß die Behörde während dieser Sperfrist auch die Streckung
der Arbeit bis auf 24 Stunden vorschreiben kann. Auf der
anderen Seite hat die Reichsregierung im Artikel 2 der neuen
Verordnung den Paragraph 12 der Verordnung vom 12. Fe-
bruar aufgehoben. Nach dieser Vorschrift war der Arbeitgeber ge-
zwungen, die Arbeit in seinem Betrieb zu strecken, wenn er auch
nur einzelne Arbeiter entlassen wollte. Das bedeutet eine Be-
lastung für die Betriebe, die mit den Grundätzen der Produk-
tivität schlechterdings nicht vereinbar ist.

Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Eine weitere Verordnung der Reichsregierung schreibt die
Erhebung von Beiträgen zu Gunsten der Erwerbslosenfürsorge
vor. Die Verordnung soll die Gewähr dafür bieten, daß die
Erwerbslosenfürsorge, die unterstützende sowohl wie die produk-
tive, und die öffentliche Arbeitsvermittlung trotz der finanziellen
Notlage des Reiches in dem Maße fortgeführt werden können,
wie das aus politischen und sozialen Gründen unerlässlich ist.
Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen eine be-
stimmte Höchstgrenze — 20 vom Hundert des Krankenkassen-
beitrages — nicht überschreiten. Für Gemeinden mit großer
Arbeitslosigkeit treten ergänzend auch weiterer Reich und Län-
der ein. Die Verordnung sucht ihre Aufgabe mit dem einfachsten
Verwaltungsapparat zu erfüllen. Die feinere Ausarbeitung soll
dem kommenden Gesetz über die Arbeitslosenversicherung über-
lassen bleiben, das bekanntlich nicht auf Grund des Ermäch-
tigungsgesetzes erledigt werden kann, sondern der ordentlichen
Gesetzgebung vorbehalten bleibt. Bemerkenswert ist an der
neuen Verordnung noch die Bestimmung, nach der die Er-
werbslosen gemüßigte Arbeit gegen die Unterstützung zu
leisten haben; soweit für Jugendliche Arbeitsgelegenheit nicht ge-
geben ist, haben sie sich an den Einrichtungen zur Fortbildung
oder Ausbildung zu beteiligen. Es wird somit zum erstenmal
der Grundgedanke aufgestellt, daß die Unterstützung nicht ohne
Gegenleistung gegeben wird, und es wird damit die Möglichkeit
brachliegende Arbeitskräfte produktiv zu beschäftigen, nicht un-

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

24) Nachdruck verboten.

„Ich fahre nach Neuhof hinaus. Erwarte mich nicht vor
Abend zurück.“

„Es ist gut,“ antwortete Molly vollständig ruhig. Sie
wollte absichtlich nicht verraten, daß sie die Situation längst
durchschaut hatte.

„Ich will auch en passant auf Wintersbad vorsprechen.
Hättest du Lust, mich zu begleiten?“

„Nein.“

„Einen Grund anzugeben, hätst du ja nicht für nötig, das
weiß ich, aber dessen bedarf es zwischen uns auch nicht. Ich bin
ja immer derjenige, der die gesellschaftliche Form wahren muß.
Ginge es nach dir, hätten wir längst keinen Verkehr mehr.“

„Darüber mit dir zu rechten, lohnt nicht der Mühe.“

„Stimmt. Ich werde dich bei der Gräfin entschuldigen
und deinen Besuch für die nächste Woche in Aussicht stellen.“

„Tue das, bis nächste Woche kann noch viel geschehen.“

„Du wirst den Besuch machen, sage ich dir.“

„Ich habe immer gedacht, daß der Neuankömmling den
ersten Besuch zu machen hätte, und ich möchte nicht lästig
fallen.“

„Das ist Geschmacksache. In England macht immer der
Angeseffene den ersten Besuch.“

„Wir sind aber in Deutschland, und ich gehe nicht eher,
bis die Gräfin hier gewesen ist.“

Sie hatte eigentlich recht, aber wozu ihr nachgeben, Wozu
hatte er ihr überhaupt den Namen der Gräfin genannt. Seine
dumme Ehrlichkeit war schuld daran.

Molly dachte darüber anders. Er hatte wieder einen neuen
Grund ausgefunden, sie zu quälen. Sie war froh, daß der
Wagen vorfuhr, und daß sie sich zu ihren Kindern zurück-
ziehen konnte.

Auf Wintersbad speiste man um vier Uhr, das war eine
althetgebrachte Sitte derer von Pöbau. Das mußte Ritter,
und er hatte sich daher so eingerichtet, daß er etwa nach fünf
Uhr im Schloß eintraf.

„Die Frau Gräfin ist im Salon,“ antwortete der Diener
auf Ritters Frage.

„Ist sie allein?“

„Nein, der Herr Marquis ist bei ihr.“

„Was ist denn das für ein Kerl, Philipp?“ fragte Ritter.
Der Diener zuckte mit einem diskreten Lächeln die Achseln
und antwortete nichts.

„Was treibt er denn hier? Bist du stumm geworden?“

„Er spielt Geige, und unsere gnädige Frau Gräfin gibt
Ansummen Geldes für ihn aus. Heute morgen ist ein Kasten
angekommen, Wert dreißigtausend Mark.“

„Donnerwetter, ein teures Vergnügen.“

Wieder zuckte der Diener die Achseln und trat zur Seite,
den Herrn Oberförster vorüberlassend.

„Wilst du mich nicht melden, Philipp?“

„Nein, gnädiger Herr. Wenn der Herr Marquis bei unserer
Herrin ist, darf nur die Jungfer melden.“

„Na, wo freck denn das Frauenzimmer?“

„Ich bin dabei, sie zu rufen, gnädiger Herr.“

Nach diesen Worten drückte er auf einen elektrischen Knopf,
der sich am Treppengeländer befand.

Wenige Minuten später trat Ritter in den etwas ver-
dunkelten Salon und wandte sich nach einer kurzen Ver-
beugung gegen den Marquis zu der Gräfin, die aufgestanden
war und ihm die Hand hingestreckt hatte.

„Willkommen, mein lieber Oberförster. Sie sind doch im-
mer der unvergleichlich galante Mann, und ich bin untröstlich,
daß ich Sie noch nicht auf dem Wolfgang begrüßt habe. Wie
geht es Ihrer lieben Frau und den herzigen Kindern?“

„D ich danke, gnädigste Gräfin...“ Sein finstere Blick
bohrte sich fest in ihre schönen Augen, und sie fühlte, daß in
nächster Minute der Sturm losbrechen mußte, den er nur mit
Mühe in seinem Innern zurückhielt. Nur einen Augenblick
hatte sie geglaubt, seiner Macht entgangen zu sein, da fühlte
sie all ihre Kühnheit und Zuversicht unter seinem leiden-
schaftlichen Blick erschwinden, und sie machte sich im stillen
bittere Vorwürfe, daß sie ihn gereizt hatte. Schnell lenkte sie
ein:

„Es ist recht nett von Ihnen, lieber Freund, daß Sie ge-

kommen sind. Zwischen uns gibt es keine Form. Wer zunächst
Zeit hat, eilt dem anderen entgegen. Nicht wahr?“ Sie reichte
ihm wieder die Hand, die er schnell ergriff und leidenschaftlich
an seine glühenden Lippen preßte.

„Darf ich Sie mit meinem verehrten Freund, dem Mar-
quis d'Alveira, bekanntmachen?“

„Ich hatte schon die Ehre, gnädigste Gräfin, heute früh
im Walde.“

„Und davon haben Sie mir nichts gesagt, lieber Marquis?“

„Ich verstehe mich nicht auf die deutschen Uniformen. Ich
habe den Herrn für einen Gendarmen gehalten.“

Ritter schäumte innerlich vor Wut. Er hätte dem Schoke-
ladengesicht mit der Faust ins Gesicht schlagen können, aber
er beherrschte sich.

„Ja, ja, Herr Marquis,“ antwortete er mit einem dro-
henden Grollen in der Stimme. „Sie haben recht, zwischen
den vielen deutschen Uniformen kennt man sich so wenig aus,
wie zwischen ertötlichen Melstüelen.“

Der Marquis biß sich auf die Lippen.

„Auch darin haben Sie recht, Herr Oberförster, aber ich
glaube doch, den Unterschied zwischen Proletarier und Edel-
mann kann man mit Händen greifen.“

Ob der Schuft ihn meinte?

Die Gräfin war betörfen, den schnell aufeinander folgenden
Worten der beiden Männer gefolgt, und sie fühlte instinktiv,
daß im nächsten Augenblick einer dem andern an die Kehle
springen würde. Und sie gab deshalb geschickt dem Gespräch
eine andere Wendung.

„Sie haben mir noch nicht gesagt, lieber Freund, wie es
Ihrer Gattin geht.“

„Meinen Dank für die gütige Nachfrage habe ich doch
schon zum Ausdruck gebracht. Sie ist wie immer wohl, und
nur die Sorge um Haus, Hof, Kinder und Dienstboten
hat sie abgehalten, mit mir herzukommen, um Sie in der Heimat
zu begrüßen. Aber nächste Woche wird sie sich sicher die Ehre
geben.“

„So werde ich mich beeilen, ihr zuvorkommen. Sie
wissen, ich habe immer große Stücke auf Frau Molly ge-
halten.“

wesentlich erweitert. In allen Entscheidungen die auf Grund der Verordnung ergehen, sind paritätische Ausschüsse von Arbeitgeber und Arbeitnehmern beteiligt.

Das Arbeitszeit-Gesetz.

Berlin, 18. Okt. Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien im Reichstag hat heute ihre Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz zum Abschluß gebracht. In allen wesentlichen Punkten wurde eine Einigung erzielt. Es wird also voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeitszeit bis zu 8 Stunden und in den übrigen Betrieben Ueberstunden bis zu 9 oder 10 Stunden zugelassen werden.

Befestigt wurde die Bestimmung des Regierungsentwurfes, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten in besonderen Fällen Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen von Frauen, Jugendlichen und Kindern zulassen können. Wo eine Arbeitszeit über 8 Stunden zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarungen, eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder in letzter Instanz durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Ein Verlangen der Sozialdemokraten, daß bei den Ausführungsbestimmungen, die der Arbeitsminister erlassen wird, ein Ausschluß des Reichstages mitwirken soll, fand nicht die Billigung der bürgerlichen Parteien.

Teuerungsunruhen.

Auch gestern haben in verschiedenen Städten Umzüge Erwerbsloser und Demonstrationen gegen die Teuerung stattgefunden. So in Leipzig, Berlin-Neukölln, Schöneberg, Braunschweig, Ostpreußen, Neustadt a. d. S., Frankfurt a. M., Höchst, in Oberschlesien und in Mannheim. Im allgemeinen blieb die Polizei liberal Herr der Lage, nur in Neustadt konnte die Ruhe erst nach Eingreifen der Besatzungsbehörde wieder hergestellt werden. In Oberschlesien ist die Lage durch den Streik verwickelt, aus Beuthen und Rattowitz wird gemeldet, daß die Stimmung außerordentlich erregt sei. Nach einer Mitteilung des „B. L.“ hat in Berliner gewerkschaftlichen Kreisen die Brotpreissteigerung erheblich beunruhigt, der Reichsarbeitsminister wird deshalb heute Vertreter der Spitzenverbände zur Besprechung der Brotversorgung empfangen.

Ueber die Vorgänge in Mannheim geht uns folgender amtlicher Bericht zu: Mehrere hundert Erwerbslose zogen heute Vormittag nach dem Gewerkschaftshaus und von da nach dem Rathaus. Eine Abordnung begab sich zur Verhandlung ins Innere des Rathauses. Die Demonstranten umlagerten das Gebäude, hielten die Straßenbahnwagen an und zwangen die Fahrgäste zum Aussteigen. Außerdem wurden die Türen im Rathaus eingedrückt. Hierauf wurde zur polizeilichen Auflösung der verbotenen Ansammlung und zur Säuberung des Platzes geschritten, was ohne Zwischenfall vor sich ging. Ein Teil der Demonstranten begab sich daraufhin über die Friedbrücke nach dem Mehlplatz in der Meinung, dort unter dem Schutze der Franzosen vor polizeilichem Einschreiten geschützt zu sein. Vom Mehlplatz aus zog die Menge nach der Mittelstraße, und plünderte dort die Filiale eines Warenhauses und mehrere Fuhrwerke mit Lebensmitteln. Die Polizei schritt gegen die Plünderer ein. Bis jetzt sind zwei Demonstranten als verwundet gemeldet. Mehrere Polizeibeamte wurden zum Teil erheblich verletzt. Verhaftet wurden bis jetzt etwa 20 Personen wegen Plünderung.

Die Brotversorgung.

Berlin, 13. Okt. Der aus der Mitte des Reichstages geäußerte Wunsch, mit Rücksicht auf die plötzliche große Geldentwertung die Markbrotversorgung über den 15. Oktober hinaus noch einige Zeit fortzuführen, ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Hinblick auf den großen Umfang des Personenkreises, leider gänzlich unerfüllbar. Es bleibt daher der Reichsregierung nach wiederholter Prüfung der Frage nichts anderes übrig, als die bedürftigen Kreise der Bevölkerung herauszugreifen und ihre Unterstützung derart zu erhöhen, daß sie über diese kritische Zeit hinwegkommen können. Im Interesse schnellster Unterstützung geben wir hier einen Überblick über die geplanten Einzelmaßnahmen: Im besetzten Gebiet soll die Versorgung mit Markbrot, wie das schon vorher in Aussicht genommen war, wenn auch eingeschränkt, so doch vorläufig noch fortgesetzt werden. Für die Sozial- und Kleinrentner sollen die am 15. Oktober fälligen Halbmontatsbezüge nach der neuesten Reichsrichtzahl berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleinrentner am 22. Oktober bei fortschreitender Teuerung eine weitere Unterstützung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird es möglich sein, auch die Anwärter auszuwerten. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten durch die Fürsorgestellen neben der Erhöhung der Zusatzrenten eine weitere Zwischenzahlung. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung sollen mit der beginnenden Woche dem Stand der Mark schneller und besser angepaßt und zugleich in ihren Grundbeträgen erhöht werden. Eine entsprechende Mehrzahlung soll schon am nächsten Dienstag einfließen. Die zu Gunsten der Kinderreichen vorgesehenen Maßnahmen sind bereits bekanntgegeben worden. Damit sind im wesentlichen diejenigen Bevölkerungskreise bedacht worden, denen der Gesetzgeber beim Erlaß des Gesetzes gewisse Entschädigungen für den Wegfall des Markbrottes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923-24 gewähren wollte.

Getreidereserven 2 1/2 Millionen Tonnen.

Berlin, 16. Okt. Die Reichsregierung hat aufgrund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung herausgebracht, durch die die vorgesehene Reserve von einer Million Tonnen auf 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide heraufgesetzt wird. Von einer Erneuerung des Umlageverfahrens wird abgesehen da man fest damit rechnet, daß die Landwirtschaft so wie bisher genügend Getreide zur Verfügung stellen wird.

Der bayerisch-sächsischer Konflikt.

Bayern lehnt einen neuen Gesandten Sachsens ab.

München, 18. Okt. Die Bayerische Staatszeitung veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe folgende amtliche Mitteilung: Auf eine Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers Legationsrat von Dziembowski, aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich weitere Nachrichten über die Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt worden waren, hat das Staatsministerium des Außen dem sächsischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten geantwortet, die bayerische Regierung sei, solange die kommunistische Partei, die erbitterte Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zu-

gleich hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser ihrer Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung, Dr. von Preger, abberufen.

Der Ausnahmezustand bleibt.

Berlin, 18. Okt. Die beiden sozialdemokratischen Führer, die Abgeordneten Wels und Müller-Franken, waren heute beim Reichspräsidenten Ebert erschienen, um für die Umwandlung des militärischen Belagerungszustandes in einen zivilen einzutreten. Wie wir aus guter Quelle hören, hat der Reichspräsident erklärt, er könne diesem Ansuchen nicht entsprechen, weil bei der gegenwärtigen Lage dies unmöglich sei. Im übrigen hören wir, daß General von Lossow, der es bekanntlich nicht verstanden hat, die Autorität des Reichswehrministers in Bayern zur Geltung zu bringen, mögen von seinem Posten des Wehrkreiskommandanten zurücktreten.

Ein Konflikt zwischen Militärgewalt und Regierung in Sachsen.

Dresden, 17. Okt. Der sächsische Landtag setzte heute die Aussprache über die Regierungserklärung fort. Im Laufe der Debatte erklärte Ministerpräsident Zeigner u. a., der bayerische Gesandte in Berlin habe gestern der Reichsregierung eine Note übermittelt, des Inhalts, daß der Dresdener Betriebsrätekonferenz, der unter augenscheinlichem Schutze der sächsischen Regierung stattgefunden habe, einen feindseligen Akt gegen die bayerische Regierung bedeute. Sie frage an, welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen zu ergreifen gedente. Der Ministerpräsident erklärte dann: Wenn diese Kreise sich durchsetzen, dann gehört die deutsche Republik der Geschichte an. Warum handelt das Reich nicht? Es macht sich mitschuldig. Zeigner erklärte dann, daß ihm heute ein Schreiben des Wehrkreiskommandos Dresden zugegangen sei, worin gefordert werde, daß die Regierung Stellung nehmen solle zu den Ausführungen, die der Minister Böttcher am Samstag in einer Rede in Leipzig machte, und sagte: „Dem Wehrkreiskommando sind wir keine Rechenschaft schuldig. Auf die unzuverlässigsten und verfassungswidrigen Drohungen des Wehrkreiskommandos werden wir überhaupt keine Antwort geben!“ (Lebhafte Beifall links.) Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werden wir ausführen. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß gegen den General Müller eingeschritten wird. — Darauf wurde ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen die Regierung Zeigner mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die 45 Bürgerlichen abgelehnt.

In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Von den zuständigen Stellen wird die Entwicklung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Durchführung der verfassungs- und gesetzmäßigen Zustände gewährleistet wird.

Starke Herabsetzung der Kohlenpreise.

Berlin, 13. Okt. Nachdem das Reichskabinett im Interesse der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und im Rahmen der in der Währungsreform geplanten Maßnahmen die Befestigung der Kohlensteuer beschlossen hat, besaßen sich die Organe der Kohlenwirtschaft gestern mit der Kohlenpreisfrage. Um die in diesem Kabinettsbeschlusse liegende Tendenz zu schärfen, wurde der Beschluß gefaßt, die Kohlenpreise nicht nur um den Betrag der Kohlensteuer zu kürzen, sondern darüber hinaus eine Herabsetzung des Nettokohlenpreises um 10-15 Prozent vorzunehmen. Die jetzt geltenden Verkaufspreise der Gruben in Goldmark werden durch diesen Beschluß in Verbindung mit dem Fortfall der Kohlensteuer mit Wirkung vom 15. Oktober ab um etwa 30-35 Prozent herabgesetzt, z. B. für Ruhrkohle von 33,36 auf 24,92, für ober-schlesische Steinkohlen von bisher 29,36 auf 19, rheinische Braunkohlen-Briketts von 24,65 auf 15,15, für Sachsen von 35,30 auf 25,40 Goldmark je Tonne. Bei diesem Beschluß ging man von der Erwartung aus, daß jetzt unverzüglich ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen werde, und daß die Regierung ihren Einfluß auf allen übrigen Wirtschaftsbereichen ausüben, damit die durch die Befestigung der Kohlensteuer vom Reichsfinanzsowies die in den obigen Beschlüssen gebrachten Opfer nicht wirkungslos bleiben.

Cuno bei Coolidge.

London, 12. Okt. Wie die Central News aus Washington meldet, wurde der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno von Präsidenten Coolidge empfangen. Obwohl es sich um einen reinen Höflichkeitsbesuch handle, glaube man doch zu wissen, daß Dr. Cuno dem amerikanischen Präsidenten die Lage Deutschlands in allen Einzelheiten schilderte.

Cuno kauft Schiffe?

Hamburg, 15. Okt. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Coolidge in seiner Unterredung mit dem früheren Reichskanzler Cuno diesem die Schiffe der amerikanischen staatlichen Handelsflotte, deren Verwaltung sich durch ein riesiges Defizit auszeichnet hat, zum Kauf angeboten habe. Cuno habe auf diesen Vorschlag keine bestimmte Antwort erteilt. Auch gehen in New York Gerüchte um, daß Cuno gegenwärtig in Unterhandlungen wegen Ankaufs von Schiffen stehe. Insbesondere soll er versucht haben, den Dampfer Leviathan, früher Vaterland, anzukaufen. An zuständiger Stelle in Hamburg ist von diesen Verhandlungen nichts bekannt.

Der Kampf um die Religion im Sozialismus.

Nach dem „Atheist“ (August 1923) dem Organ der proletarischen Freidenker, gewinnt die religiös-soziale Bewegung in der Arbeiterschaft wachsenden Einfluß. Die „Sektenbewegungen“ greifen immer mehr um sich und drohen Massenbewegungen zu werden. „In öffentlichen und in Mitgliederversammlungen sozialistischer Kreise werden die Ideen des christlichen Sozialismus propagiert und in den Spalten sozialdemokratischer Blätter haben sich die christlich-sozialen Bazillen schon recht kräftig eingenistet.“ Die proletarischen Freidenker suchen demgegenüber darzutun, daß Christentum und Sozialismus sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser — das Christentum bedeutet „persönliche Jenseitsmünsche, Hundeknechtsein, Denkschwärze, Arbeitsscheu, Unduldsamkeit“ u. s. f. „mit Krieg, Pest und Schieberatum und anderen madigen Früchten im Gefolge“, der Sozialismus von alle dem das gute Gegenteil. Die Freidenker stoßen aber mit dieser Art des Kampfes „auf starken Widerstand der maßgebenden Partei- und Redaktionsgewalten“ namentlich in Hannover, wo sich der Verlag für sozialistische Lebenskultur befindet, und laufen nun Sturm wider den sozialdemokratischen Parteigrundsatz „Religion ist Privatangelegenheit.“ Man darf gespannt sein, welchen Verlauf diese Auseinandersetzung nimmt.

Die neue Währung.

Der Berliner „Lokalanzeiger“ will bereits folgende Einzelheiten des Währungsprogramms wissen: Das neue Geld das den Namen „Rentenmark“ führen wird, soll in Scheinen von 1, 2, 3, 5, 10, 50; 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben werden. Kleinere Stücke in Pfennigen sollen geprägt werden und zwar in einer Mischung von Aluminium und Messing. Sowohl der Druck der Scheine als die Prägung der Scheidemünze ist bereits im Gange. Voraussichtlich wird das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden. Die neue Rentenbank wird als Leiter einen Präsidenten haben, der bis zur Stunde jedoch noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat wird sich aus führenden Angehörigen der Industrie, der Großbanken und des Groß- und Kleinhandels zusammensetzen. Außer diesem Verwaltungsrat soll ein Aufsichtsrat von 36 Mitgliedern eingesetzt werden. Die Errichtung der Rentenbank soll noch in dieser Woche erfolgen.

Die T-Mark.

Offiziell wird mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 15. Oktober 1923 das gesamte deutsche Bankgewerbe, und zwar sowohl die Privatfirmen als auch die staatlichen Geldinstitute, insbesondere also auch die Reichsbank zur Rechnung in T-Mark übergehen. Diese neue Markart habe noch nichts mit einer neuen Währung zu tun; sie sei lediglich der tausendfache Betrag der alten Valuta, nämlich die Tausend-Mark abgekürzt TM. Die letzten drei Ziffern einer Marksumme, die wegen der bereits durchgeführten Abrundung auf volle tausend Mark stets drei Nullen sind, werden nicht mehr geschrieben und gebucht. Anstelle der fortgelassenen drei Nullen tritt die TM. Es handelt sich also um eine technische Maßnahme, die durch die Notwendigkeit, die zahlenmäßige Darstellung der Markbeträge zu vereinfachen erzwungen ist, insbesondere weil die Kolonnen in den Büchern und Formularen und nicht zuletzt die vorhandenen Stanzzahlen der in Großbetrieben verwendeten Buchungsmaschinen zur Bewältigung der immer weiter anschwellenden Zahlen nicht mehr ausreichen. Bekannt wird, daß die Postfiskusämter die T-Mark bereits seit dem 1. Oktober 1923 anwenden und man bedauert, daß es nicht zu erreichen gewesen ist, statt der T-Mark gleich die M-Mark (Millionenmark) einzuführen. Vor dem Kriege, so wird ausgeführt, hätte niemanden zugemutet mit 1000 Teilen von Pfennigen zu rechnen und solche Beträge zu buchen. M' der Abrundung und Fortlassung der 1, 10, und 100 000 Markbeträge würde niemanden ein Schaden entstehen. Die Frage der Einführung der M-Mark werde daher nur eine Frage von Wochen sein. Sie tritt voraussichtlich am 15. November d. J. in Wirksamkeit. Das Publikum wird gebeten, sich dem neuen Verfahren anzuschließen. Nachteile, welche aus der Nichtanwendung der T-Mark sich ergeben, sollen zu Lasten des Kunden gehen.

Festverzinsliche Papiere.

Wer nicht mit Aktien gewuchert hat, sondern bescheiden in Friedenszeiten seine Ersparnisse in festverzinsliche Papiere anlegte, ist z. B. sehr übel daran, denn er bekommt nur einen minimalen Zins, mit dem er kaum etwas anfangen kann. Das Schlimmste aber ist, daß die Banken sich weigern, neue Couponsbogen zu befragen, da das Porto ja mehr ausmache, als der ganze Couponsbogen Zins trägt. Die Schuldner der Papiere, wie z. B. der Fürst von Fürstberg und andere müßten doch dafür sorgen, daß die neuen Coupon-Bogen in jeder größeren Stadt kostenlos geliefert werden. Es ist überhaupt eine Schande, daß die ausgelosten Stücke mit entwertetem Geld zurückbezahlt werden dürfen, da solche doch meist in Goldwährung einbezahlt wurden, und es müßte hier unbedingt die Regierung zu Gunsten der Gläubiger eintreten. (Der Staat als Großschuldner hat am allerwenigsten Neigung, den erwähnten Verpflichtungen nachzukommen. Durch die ungemessene Inflationssteuer herabsetzt er die Anleihebesitzer auch des letzten Restes von „Vermögen“. D. Schrißl.)

Änderung des Steuerwesens.

Berlin, 11. Okt. Amtlich wird gemeldet: Die immer weiter fortgeschrittene Geldentwertung und die damit verbundene Veränderlichkeit aller wirtschaftlichen Verhältnisse haben das deutsche Steuerwesen systemlos und unübersichtlich gestaltet. Die Aufgabe, hier Ordnung zu schaffen, kann nicht von heute auf morgen geleistet werden. Das Reichsministerium hält es aber für seine Pflicht, ohne jeden weiteren Zeitverlust das zu tun, was möglich ist, und dringend geboten ist, nämlich die auf Papiermark lautenden Steuern wertbeständig zu machen. Auf Antrag des Reichsministeriums hat daher der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über Steuerverwertung und Vereinfachung im Steuerwesen erlassen. Damit folgt die deutsche Finanzwirtschaft dem Begehren der Privatwirtschaft, die sich in den letzten Monaten immer mehr auf wertbeständige Zahlung eingestellt hat. Die Umstellung der Steuerleistung auf Goldmark sichert den Staat gegen Entwertung geschuldeter Steuerleistungen. Damit ist die Arbeit der Finanzbehörden wieder fruchtbringend gemacht. Auf der anderen Seite wird der Staat auch bereit sein, zu viel bezahlte Steuern wertbeständig zurück zu bezahlen. Ferner ist vorgesehen, daß die Finanzämter von der unproduktiven weiteren Bearbeitung der durch die Geldentwertung völlig überholten Steuern möglichst entbunden werden.

Ausichten der Rentenmark.

Berlin, 16. Okt. In den Kreisen der Berliner Hochfinanz beurteilt man die Zwischenlösung der Rentenmark insofern günstig, als man von ihr eine Wertstabilisierung der Kalkulation und damit des gesamten Produktionswesens erhofft. Freilich ist man sich darüber im Klaren, daß die neue Währung in der ersten Zeit gehamptet werden wird. Nun werden aber eventuelle Zukunftsbesorgungen gegenüber der Papiermark das Gute mit sich bringen, daß die im Umlauf befindlichen Papiermarkbeträge langsam in die Kassen der Reichsbank zurückfließen werden und die Rentenmark als alleinige Beherrscherin auf dem Markte verbleiben wird. Eine solche Entwicklung würde aber, wenn sie auch nur schrittweise erfolgen sollte, eine erhebliche Klärung der ganzen Finanzlage mit sich bringen und die Situation wesentlich erleichtern. Andererseits erhofft man von der Rentenmark eine Erleichterung der Ernährungslage und dadurch auch eine Entspannung im Innern, wodurch sich weiter eine Beruhigung in industriellen Kreisen und eine Steigerung der Produktion ergeben würde.

Baden.

Verbot der proletarischen Hunderkschaften in Baden. Karlsruhe, 12. Oktober. Der Minister des Innern hat die sogenannten proletarischen Hunderkschaften der kommunistischen

Partei auf Grund des Paragraphen 14 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik für Baden verboten und aufgelöst. Der Militärbevollmächtigte des Wehrkreiskommandos 5 hat neben einer Reihe von Verfügungen auch das Verbot der Bildung von Verbänden ausgesprochen, die in der Form von Hundertschaften, Sturmtruppen und dergleichen wirtschaftliche oder innerpolitische Ziele erzwingen wollen. Etwa bestehende derartige Verbände werden als aufgelöst erklärt. Totenfeiern auf Friedhöfen ohne Umzüge außerhalb der Friedhöfe an Allerheiligen, an Allerseele und am Totensonntag fallen nicht unter das Versammlungsverbot und sind zu genehmigen.

Verschiedene Forderungen an die Regierung.

Willingen, 13. Okt. Die Schwarzwälder Handelskammer hat an die badische Regierung und an den Reichskanzler eine Erklärung gerichtet, in der verschiedene Forderungen aufgestellt werden. Diese gehen auf die Erhaltung der Einheit des deutschen Volkes, dessen überwältigende Mehrheit einer festen und starken Regierung uneingeschränkte Vollmacht übertragen will, um ihr die erforderliche Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Das oberste nationale Ziel könne aber nur bei Sammlung aller wirtschaftlichen Kräfte erreicht werden. Aufgabe der Regierung sei es daher, die Wirtschaft vor gewaltsamen Störungen zu bewahren und Eingriffe in Freiheit und Eigentum mit rückwärtsloser Strenge zu unterdrücken. Die für die Wirtschaft verantwortlichen Kreise können nur zu einer Regierung Vertrauen haben, die die Entscheidungsbefugnis besitzt, ohne Zögern die Machtmittel des Staates einzusetzen, um der Staatsautorität auch gegenüber den nur triebhaft, aber gänzlich vernunft- und instinklos handelnden Gruppen Geltung zu verschaffen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 18. Okt. (Preisrichter.) Die nach der Reichsverordnung vom 13. Juli 1923 über Handelsbeschränkungen und vom 26. Juli 1923 über Preisrichter und Preisverzeichnisse vorgeschriebene Preisauszeichnung wird von vielen Geschäften immer noch nicht durchgeführt. Es wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß folgende in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt oder im Straßenhandel sichtbar ausgetragene oder angepreisene Waren mit Preisrichtern in lesbaren Zahlen an gut sichtbarer Stelle zu versehen sind. Diese Vorschrift bezieht sich auf alle Warenarten. Diese Pflicht zur Anbringung von Preisrichtern entfällt, wenn die auszeichnungspflichtigen Waren in gut sichtbar angebrachte Preisverzeichnisse aufgenommen werden, diese Verzeichnisse müssen überall da angebracht sein, wo die im Preisverzeichnis aufgeführten Waren ausgestellt oder angepreisen sind. Wer Lebensmittel im Kleinhandel absetzt, hat in seinen Schaufenstern ein gut sichtbares Preisverzeichnis anzubringen, auch wenn die Lebensmittel im Schaufenster selbst nicht ausgestellt sind. Es wird in den nächsten Tagen wiederholte Nachsicht gehalten werden, ob der Bestimmung der Reichsverordnung über Preisrichter und Preisverzeichnisse entsprochen ist. Nachdem eine große Zahl von Geschäften sich bemüht, die Vorschriften zu erfüllen, kann eine Lässigkeit anderer nicht geduldet werden. Geschäfte, welche die Preisauszeichnung nicht durchgeführt haben, müssen mit Unterjagung des Handels und Schließung ihrer Geschäftsräume rechnen. Besonders aufmerksam gemacht wird noch darauf, daß nach der jetzt geltenden Bestimmung alle Gegenstände des täglichen Bedarfs mit Preisen auszuzeichnen sind, während nach den früheren Bestimmungen lediglich die Gegenstände des notwendigsten Lebensbedarfs auszuzeichnen waren. Zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören insbesondere viele Gegenstände, die nach den früheren Bestimmungen als Luxuswaren anzusehen waren.

Sinsheim, 19. Okt. (Ev. kirchliche Nothilfe.) Die Evang. Kirchenregierung hat, einer Anregung der Landesynode folgend, beschlossen, im Bereich der Landeskirche eine Ev. kirchliche Nothilfe-Sammlung als Sammlung von Haus zu Haus durchzuführen. Die Sammlung soll der unter der Not der Zeit leidenden Ev. Landeskirche weitere Mittel schaffen für ihre laufenden Bedürfnisse, insbesondere auch zur Verstärkung ihres Betriebsfonds zwecks rechtzeitiger Auszahlung der Gehaltsbezüge der Geistlichen. Der Aufruf der Landesynode wird am nächsten Sonntag von den Kanzeln verlesen werden. Die Sammlung soll in der Woche darauf durchgeführt werden.

haltsbezüge der Geistlichen. Der Aufruf der Landesynode wird am nächsten Sonntag von den Kanzeln verlesen werden. Die Sammlung soll in der Woche darauf durchgeführt werden.

Sinsheim, 18. Okt. (Pachtangelegenheiten.) Pächter und Verpächter müssen daran denken, daß Anträge auf anderweitige Festsetzung des Pachtzinses am letzten Tag des Pachtjahres, also in der Regel spätestens am 10. November beim zuständigen Pachteinigungsamt eingekommen sein müssen. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Pacht dieses Jahr auf Grund von 12 Pfund Weizen für den Acker guten Bodens errechnet werden wird, wobei für die Umrechnung der Börsenpreise vom 11. November benutzt werden wird. Es wird dringend empfohlen, soweit als irgend möglich, im Weg der gütlichen Vereinbarung Naturalpachtverträge zu schließen.

Sinsheim, 18. Okt. (Bestimmungen über die Kartoffelbeförderung.) Nach einer Verordnung des Ministers des Innern dürfen Kartoffeln auf der Bahn in Wagenladungen sowie mit Schiff nur mit Beförderungspapieren die einen besonderen Stempel tragen, versandt werden. Die Stempelung der Beförderungspapiere erfolgt durch die Landesversorgungsstelle in Karlsruhe. Diese Anordnung wurde zunächst für den Versand nach Orten außerhalb Badens in Kraft gesetzt.

Sinsheim, 18. Okt. (Die ersten kalten Tage.) Die Nächte sind jetzt kalt geworden, und in höheren Gebirgslagen hat es in letzter Zeit mehrfach Schnee gegeben. Die vergangenen Nächte brachten nun auch bei uns das Thermometer bis auf die Frostgrenze herunter und hier und da sah man leichten Reif. Im übrigen war die Welt vielfach in dichten Nebel gehüllt. Der Ofen ist jetzt vielfach schon in Tätigkeit gesetzt worden.

Sinsheim, 18. Okt. (Mieten nach Lebenshaltungsindex?) Nach einer Berliner Meldung, die aber noch ganz unbestätigt ist, plant die Reichsregierung eine Annäherung der Wohnungsmieten an den Friedensstand und die fortlaufende Berechnung nach dem Lebenshaltungsindex. Auf diese Weise will man Wohnungsneubauten ermöglichen.

Sinsheim, 18. Okt. (Reichsbanknoten zu 20 und 50 Milliarden.) Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, befinden sich in der Reichsdruckerei 3. St. Banknoten über 20 und 50 Milliarden in Vorbereitung, um den Ansprüchen der Wirtschaft nach Geldzeichen gerecht zu werden. Die Noten werden mit besonderer Sorgfalt hergestellt. Es finden nach einem völlig neuen photochemischen Verfahren angefertigte Wasserzeichenpapiere Verwendung, deren Nachahmung so gut wie ausgeschlossen erscheint.

Sinsheim, 18. Okt. (Bezahlung von Meldes formularen.) Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die Bordrucke zu polizeilichen Meldungen künftighin von den zur Anmeldung verpflichteten Personen zu bezahlen sind.

Sinsheim, 18. Okt. (Aenderung von Amtsbezeichnungen.) Nach einer Verordnung des Staatsministeriums führen die Amtswörter für den höheren öffentlichen Dienst im Hochbau-, Maschinenbau- und Ingenieurfach während des Vorbereitungsdienstes statt der Bezeichnung Baupraktikant oder Ingenieurpraktikant die Bezeichnung Regierungsbauführer und die Amtswörter für den gehobenen mittleren Finanzverwaltungsdienst nach bestandener Obersekretärprüfung statt der Bezeichnung Finanzassistent die Bezeichnung Finanzpraktikant.

Neckarbischofsheim, 16. Okt. (Aufhebung des Bezirksgerichts.) Der in gegenwärtiger Zeit eingetretene hohe Betriebsaufwand und die immer noch steigenden Lebensmittelpreise haben den weiteren Betrieb unseres Bezirksgerichts hier in Frage gestellt und wenn uns nicht freiwillige Gaben von Lebensmitteln zufließen, so sind wir genötigt, das Spital zu schließen. Die Verwaltung hat deshalb ein Rundschreiben an alle beteiligten Gemeinden ergehen lassen und um Kartoffelspende gebeten.

Neckarbischofsheim, 17. Okt. (Einbruch.) Aus dem hiesigen Lagerhaus der Fa. Hermann Rander-Hiffenhardt wurde eine größere Menge Reys gestohlen.

Neckarbischofsheim, 18. Okt. (Der Gemeinderat) beschloß in seiner heutigen Sitzung 2 Proz. Grunderwerbssteuer

bei Grundstücks- und Häuserverkäufen zu erheben. Für das laufende Pachtjahr sollen für die Schäferei 1600 Goldmark (das sind zwei Drittel des Friedenspachtes), vom Schäfererbeiger erhoben werden. Für die verpachteten Gemeindegüter wurde der Pachtpreis festgesetzt; er beträgt 5-12 Pfund Weizen pro Acker, nach dem Börsenpreis. Die Entlohnung mit den beiden Schuldnerinnen wurde neu geregelt: Sie erhalten je 3 Ster Holz und 50 Wellen für die Monate November, Dezember, Januar und Februar, außerdem für den Monat Oktober je 500 Millionen Mark.

Ehrstädt, 18. Okt. (Glockenweihe.) Nächsten Sonntag begeht die Gemeinde Ehrstädt in Verbindung mit dem Kirchweihfest die Glockenweihe. Zwei neue Bronze-Glocken, gegossen von der Firma Bachert-Karlsruhe, sollen an diesem Tag wieder erstmalig ihre ehernen Stimme erschallen lassen. Mögen es Friedensklänge sein!

Hasselbach, 13. Okt. (Jagd.) Die hiesige Gemeindejagd wird am Samstag, den 3. November nachmittags 1 Uhr, auf 6 Jahre, für die Zeit vom 1. Februar 1924 bis 31. Januar 1930 öffentlich verpachtet.

Oberzimmern, 12. Okt. (Amtsniederlegung.) Bürgermeister Gabel hat sein Amt als Bürgermeister niedergelegt.

Sttingen, 17. Okt. (30 Milliarden Geldstrafe.) Der Viehhändler Artur Ladenburger hat von einem Landwirt einen Bullen für eine Milliarde gekauft und das Tier sieben Tage darauf auf dem Mannheimer Viehhof um sieben Milliarden verkauft. Der angemessene Preis wäre fünf Milliarden gewesen. Neben einer Geldstrafe von 30 Milliarden wurde der Uebererlös von zwei Milliarden eingezogen.

Wiesloch, 18. Okt. (Großfeuer.) Gestern Mittag gegen halb 1 Uhr erschallte Feuerlärm, es brannte das große Warenmagazin des Herrn Kaufmann und Drogeristen Dauth, das hinter dem Gasloch zum Engel steht. Der Ausbruch des Feuers war bald bemerkt worden, die Freiwillige Feuerwehr wurde alarmiert und war schnell zur Stelle. Das Feuer hatte sich, genährt durch leicht brennbare Drogen und Öle, außerordentlich schnell verbreitet und schlug durch den dichten Qualm zum Dache hinaus. Durch rasches Eingreifen der Feuerwehr blieb es auf seinen Herd beschränkt.

Heidelberg, 17. Okt. (Wucher.) Auch hier geht man den Wucherern zu Leibe. So wurde eine Kleidermacherin angezeigt, weil sie für die Anfertigung des Kleides 2,5 statt einer Milliarde verlangte, eine Landwirtsfrau, weil sie für einen Reithut 2 Millionen, statt höchstens 700 000 Mark verlangte. Ein Pferdehändler hatte 2 Pferde zum Preis von zusammen 45 Milliarden gekauft. Sofort verkaufte er wieder eines der Pferde für 50 Milliarden und hatte somit für ein Pferd mehr erlöst, als ihn die beiden Pferde gekostet hatten.

Erbach i. D., 15. Okt. (Schweres Automobilunglück.) Sonntag nachmittag ereignete sich bei dem Krähbrennen des hiesigen Automobilklubs zwischen Erbach und Heßbach i. D. dadurch ein schweres Unglück, daß dem Fahrer aus Klein-Schmalthalen ein 17jähriger Junge vor das Auto lief. Obgleich der Fahrer schnell bremste, überschlug sich der Wagen und traf ein an der Straße lebendes 17jähriges Mädchen, das sofort tot war. Auch der Junge wurde überfahren und schwer verletzt. Der Fahrer selbst und sein Chauffeur erlitten ebenfalls lebensgefährliche Verletzungen. Die drei Verletzten fanden im Krankenhaus zu Erbach Aufnahme. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Turnen, Sport und Spiel.

Sinsheim, 18. Okt. Am Sonntag Nachmittag findet auf dem hiesigen Platz das schon lang erwartete Wettspiel zwischen der 1. Mannschaft des Akademischen Hockeyklubs Karlsruhe und der 1. Sinsheimer Hockey-Mannschaft statt. Der Gästemannschaft geht ein sehr guter Ruf voraus, was sie doch in letzter Spielzeit mit einer der besten badischen Mannschaften, Sinsheim unterlag 1922 in Karlsruhe mit 9:1 Toren. Ein schönes Spiel ist zu erwarten, dessen Besuch sich lohnen wird. Spielbeginn siehe Inseratenteil.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher, liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters und Großvaters
Herrn Albert Maier
sagen hiermit herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.
Sinsheim, den 18. Oktober 1923.

Geschäfts-Eröffnung.
Friedrich Palm, Sinsheim
Bahnhofstr. 447
Großes Lager nur prima Qualitäten
sämtlicher
Manufakturwaren, Aussteuer-Artikel
Trikologan.

Stempel und Klichees
nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig
G. Becker'sche Buchdruckerei
Sinsheim, beim Bahnhof.

BREMEN

AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
Sinsheim: Gg. Eiermann Ww. in Neckarbischofsheim; Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

Tausche
gut erhaltenes Damen-Kostüm, mittlerer Größe oder Knabenanzug gegen Tafeläpfel.
Runge, Heidelberg, Anlage 53 b.

Gesucht
per 1. November
zuverlässiges, perfektes Fräulein für Büroarbeit. Zünger Fräulein als Verkäuferin, evtl. Lehrmädchen. Bezahlung nach Tarif.
E. Schid, Sinsheim.

Achtung!
Lanz-Centrifugen
liefert preiswert
Herrn Reichensperger
Vertretungen
Mannheim, Eidelheimerstr. 49.

Doppelwäse mit Lux
vernichtet verblühend
Jolignist
doppeltstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien
Niederl.: Dr. R. Kieffer, Apotheke.

Hockey-Städtewettspiel.
Akad. Hockeyklub Karlsruhe 1 Sportverein Sinsheim 1
Sonntag, 21. Okt., nachm. 2 Uhr.

Sophie Spitz
Nicolaus Jeck
Verlobte
Sinsheim 21. Oktober 1923. Neckarsteinach

HAPAG

HAMBURG-AMERIKA LINIE
NACH
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Sinsheim: Hermann Betsch,
Hauptstr. 304. Telefon 127.

Verschiedenes.

Weißenheim, 15. Okt. (Allerlei Lumpenpack.) Seit einiger Zeit mehren sich in geradezu erschreckender Weise die Fälle von Schlägereien und nächtlichen Ruhestörungen. In Trupps von 20-30 Leuten (!) ziehen von Beginn der Dunkelheit an obskure Elemente bewaffnet mit Stöcken, Gummiknüppeln, Schlagringen und ähnlichem unter wüstem Geschrei und Geschrei durch die Stadt. Ausgerüstet mit Masken und Scheinwerfern, suchen sie als „Patrouille der proletarischen Hundertschaft“ die Objekte ihres Hasses, die froh sein können, wenn sie mit einem Loch im Kopf davonkommen. Der Einzelne ist gegenüber solcher Uebermacht natürlich wehrlos, und auch die Polizei glaubt, wie es scheint, gegen diese terroristischen Bestrebungen nichts ausrichten zu können. Da wird wohl die Einwohnerschaft zum Selbstschutz greifen müssen.

Manuheim, 16. Okt. (Die Unsitte der Kinder) auf den Treppengeländern hinunterzurutschen, hat hier zu einem tödlichen Unfall geführt. Die 13jährige Volksschülerin Reichner stürzte, als sie sich auf das Treppengeländer gestützt hatte, vom 4. Stockwerk in den Hausflur und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen das Kind gestorben ist.

Bruchsal, 18. Okt. (Die teuren Kartoffeln.) Durch die Ortsstelle wurde in Heildelheim bekannt gemacht, daß ein Zentner Kartoffeln 4 Goldmark kostet. In Haft genommen wurde in Ladenburg gestochen ein Landwirt von hier, weil er den Zentner Kartoffeln nach dem Dollarkurs von 10. Oktober zu 4 Goldmark (4 Milliarden Mark) zum Verkauf anbot. Unter den hiesigen Verbraucherkreisen herrscht starker Unwille über die hohen Kartoffel- und Milchpreise. (Die Papiermarkempfänger werden bei diesem Preis kaum in der Lage sein, sich ihren Kartoffelvorrat für den bevorstehenden Winter beschaffen zu können. Der Staatsanzeiger warnt vor der Goldmarkberechnung und fordert von der Reichsregierung ein gesetzliches Verbot dagegen.)

Willingen, 15. Okt. (Abgestürzt.) Die 15 Jahre alte Erna Meßger aus Donaueschingen, die von der Arbeit nach Hause fuhr, stürzte von der Plattform des Wagens rücklings auf das Nebengeleise und blieb benutzlos liegen. Das Mädchen konnte noch rechtzeitig weggebracht werden; denn sonst wäre es von einem eben einlaufenden Zuge überfahren worden. Das Mädchen schwebt in Lebensgefahr.

Heilsbrunn, 17. Okt. (Ein Bubenstück) wurde in Witzheim (Württemberg) dadurch verübt, daß nachts der Biene stand des Oberlehrers Maier mit Dynamit gesprengt wurde. Die Mehrzahl der Bienekästen wurde zerschmettert; Holz- und Wabenstücke lagen in weitem Umkreis zerstreut. Der Knall wurde weithin gehört. Die Empörung dadurch ist allgemein. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Schramberg, 14. Okt. (Viehhandel.) Auf dem Schweinemarkt am 9. ds. Mts. war kein einziges Tier zu sehen. Lediglich einige Bauern, die sich über die Preisgestaltung unterrichten wollten und ein auswärtiger Händler „bevölkerten“ den Markt.

Darmstadt, 14. Okt. (Zusammenstoß.) Bei Dieburg, einer Station auf der Umleitungsstrecke nach Darmstadt, stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Eine Reihe von Reisenden wurde erheblich, wenn auch nicht lebensgefährlich verletzt.

Frankfurt, 17. Okt. (Das Dach abgedeckt.) Dem Gutsbesitzer Erlmeier in Wiselsoorf bei Frontenhausen wurden von seinem Villenneubau zirka 60 Biberfchwänze vom Dache weg gestohlen.

Frankfurt, 17. Okt. (Einer Riesenschubung) ist man im Wormser Hafen auf die Spur gekommen. Eine Zweibrücker Firma hatte dort 30 000 Tonnen Stahl lagern und als die Ware abgeholt werden sollte, war sie verschunden. Die Polizei stellte fest, daß der Stahl bereits mehrfach verkauft worden war, und etwa 20 Personen an dem Diebstahl und der Verschlebung beteiligt sind.

Köln, 16. Okt. (Betrug mit dem Multiplikator) Die Kölner Wucherpolizei und die britische Militärpolizei revidierten gemeinsam eine Reihe von Geschäften, die nach dem bekannten Multiplikatorsystem verkaufen. In vielen Fällen wurde festgestellt, daß mit dem Multiplikator ein unerhörter Betrag zum Schaden des kaufenden Publikums getrieben wurde. Auch wurden viele Geschäftsleute von den deutschen und britischen Polizisten protokolliert, weil die ausgestellten Waren nicht der Vorschrift der Rheinlandkommission entsprechend mit Preisschildern versehen waren.

Ein erwischter Spion. Seit geraumer Zeit ist bekanntlich auf den Zügen der Ringtalbahn infolge der Besetzung von Offenburg eine Paßkontrolle in den Eisenbahnzügen während der Fahrt eingerichtet worden, um dem Eindringen unerwünschter Elemente entgegenzutreten. Es ist jetzt, wie die Bad. Presse meldet, der Sendarmerie gelungen, auf diesem Wege einen Spion festzunehmen, der einen Auftrag im Besitz hatte, in Baden im französischen Auftrag alles auszukundschaften, was für Frankreich wissenwert sein könnte und zwar über Reichswehr, Unruhen in der Bevölkerung, Schutzpolizei, Fabrika ionsartikel in der Industrie usw. Er war im Besitz einer größeren Geldsumme. Der Festgenommene wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Die Deutsche Presse im Elsaß. Nach einer Zusammenstellung des Pariser Journals des Debats haben die deutschsprachigen Blätter im Elsaß eine Auflage von über 200 000, während die in französischer Sprache geschriebenen Zeitungen

insgesamt 20 000 Abonnenten besitzen. Vor dem Kriege gab es drei französische Zeitungen, welche etwa 10 000 Leser hatten.

Ein Juwelengeschäft mittags ausgeplündert. Ein unerhörter frecher Diebstahl ist am Samstag in Weissensee bei Berlin verübt worden. In der Mittagsstunde wurde das Juwelengeschäft des Kaufmanns Otto Combarb vollkommen ausgeraubt. Der Inhaber des Geschäfts pflegt seinen Laden von 1-3 Uhr zu schließen. Kaum hatte er sich entfernt, als ein Auto ankam, ein Mann in mittleren Jahren ausstieg, auf die Tür zuschritt und sie mit einer Ruhe und Sicherheit öffnete, als wenn er selbst der Inhaber wäre. Das Sicherheitschloß wurde mit Bleistreifen aufgeschlossen. Dann packte der Fremde sämtliche wertvollen Goldwaren aus den Kästen im Laden und auch aus den Schaufenstern in eine vorgefundene braune Ledertasche und fuhr in dem Wagen, der vor der Tür gehalten hatte, wieder ab. Als der richtige Inhaber um 3 Uhr zurückkehrte, fand er seinen Laden vollkommen ausgeplündert vor. Es sind für 150 bis 200 Milliarden Gold- und Silberwaren gestohlen.

Was heute ein Schnupfen kostet! Wenn man jetzt das Naschwein hat, sich zu erkälten, kann man einen sehr teuren Schnupfen mit nach Hause nehmen. So bringt ein Liter des Frankfurter Generalanzeiger folgende Zusammenstellung: Wegen Fieber mußte Aspirin gekauft werden: 100 Millionen! Wegen Husten und Heiserkeit Pastillen, kosteten 20 Millionen, zwei Tage später noch eine Schachtel, kostete 30 Millionen, wegen dreinächtiger Schlaflosigkeit durch das Uebel mußten, um arbeitsfähig zu sein, Schlafpulver geholt werden. Zehn Adalin kosteten 170 Millionen (um die gleiche Zeit in einer anderen Apotheke 80 Millionen), endlich noch ein Schnupfmittel oder Borzsäure für Nasenduschen etwa 100 Millionen. Bitte, rechnen Sie sich danach aus, was heute ein Schnupfen kostet, und hüten Sie sich vor der geringsten Halbenmilliardenerkältung, wenn Sie nicht ein Menschfreund sein wollen und denken: die Apotheker wollen auch leben.

Bom „Dollarkurs“-Irrsinn lesen wir in der V. Z. a. M. folgendes Geschichtchen: Vor einigen Tagen — Dollar 180 — suchte ich mir einen Hut aus. Kostenpunkt 900 Millionen. Ich zahlte, da ich das Geld nicht bei mir habe, 100 an. Will morgen wiederkommen, die Ware abholen, nachzahlen. Am nächsten Tage — Dollar 120 — hole ich den Hut ab. „Was kostet er?“ frage ich, „heute?“ „Heute: ein Drittel weniger laut Dollarkurs — also 600 Millionen; Sie müssen aber, da Sie die Ware gestern gekauft haben, die 800 nachzahlen.“ Als ich ihn vergeblich auf das Wiberfännige dieser Forderung aufmerksam mache, schenke ich ihm die Anzahlung großzügig, verlange einen Hut, wähle meinen gestern ausgekauften, zahle dem sprachlosen Händler die heute geltenden 600 Millionen und ziehe, um 200 Millionen reicher, heim.

Ein furchtbarer Verfall. Großes Aufsehen erregte in Newyork der Tod eines Japaners, der sich von dem 13. Stockwerk eines Wolkenkrägers auf den Broadway hinabstürzte. Dieser tragische Vorfall erhielt aber ein noch tragischeres Nachspiel. Der Japaner hatte Selbstmord begangen, weil er von einem Verwandten die Nachricht empfangen hatte, daß seine Frau und seine Kinder bei dem Erdbeben in Tokio umgekommen wären. Er geriet darüber in solche Verzweiflung, daß er sich das Leben nahm. Am Tage nach dem Selbstmord traf in seinem Büro eine Depesche ein mit den Worten: „Erste Meldgramm war verspätet eingetroffen.“

Wirtschaftliche Rundschau

des „Landboten“.

Nach dem Stande vom 17. Oktober 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Der Marktsturz der letzten Woche, der an Schnelligkeit und Wucht sogar noch die Kursenkungen des Sowjetwubels in den Jahren 1918-1920 weit hinter sich läßt, vergrößert die Gefahr einer vollkommenen Anarchie in der deutschen Wirtschaft. Die Not ist riesengroß geworden, sie heißt sofortiges energisches Handeln, andernfalls stehen wir vor dem völligen Niederbruch des gesamten Warenhandels und Zahlungsverkehrs, vor Hunger und Verzweiflung.

Staatswirtschaft. Im Laufe des September hat sich die schwebende Schuld des Reiches um das 8fache erhöht.

Geldmarkt. In der Provinz, besonders in Industriekreisen klagt man noch sehr über unzureichende Versorgung mit Zahlungsmitteln. Die Wiederaufnahme des Verkehrs im besetzten Gebiet stellt an den Geldmarkt starke Anforderungen. Aus der gesamten Wirtschaft kommen fortgesetzt Klagen über die Verzögerung der Schaffung einer werbeständigen Währung. Die jetzige Geldwirtschaft muß in Kürze ein allgemeines wirtschaftliches Chaos herbeiführen.

Börse. Die Entwerlungskatastrophe der deutschen Valuta machte denartige Fortschritte, daß die Kaufkraft der Papiermark nun fast vollkommen vernichtet ist. Die Katastrophe ging derart vorwärts, daß die am Tage eingenommene Kaufsumme am anderen Tage nur noch einen Bruchteil ihres Wertes vom Bortage besaß. Auch die Effektenkurse wurden demgemäß stürmisch in die Höhe getrieben, jedoch geht ihre Entwicklung in bedeutend langsamerem Tempo vor sich, als das Ansteigen der Devisen. Doch gab es bei den schweren Spekulationswerten Erhöhungen um viele Milliarden Prozent.

Handel, Gewerbe und Industrie. Im September wurden

insgesamt 61 151 Mill. Industrie-Aktien (i. V. 3695 Mill. Mark) neu ausgegeben. — In verschiedenen Industrie-Zweigen ist die Beschäftigung äußerst gering geworden. Die Auftrags-eingänge sind bedeutend zurückgegangen. Die Preise haben vielfach die Weltmarktpreise überschritten. Verschiedene Gesellschaften haben nicht aus Arbeitsmangel, sondern aus Mangel an Kapital Betriebseinschränkungen vornehmen müssen. Auch der Handel und das Gewerbe sind in schwieriger Lage, weil auch die sog. Goldmarkberechnung sie nicht vor einer katastrophalen Substanzverringerung schützt. Im besetzten Gebiet ist eine schwere Wirtschaftskrise in Erscheinung getreten.

Holzmarkt. Hausstendenz drückte auch während der letzten Zeit dem Markt in Nadellangholz den Stempel auf.

Baumarkt. Im September wurden 412 Wohnungs- und 187 Fabrik- und ähnliche Bauten angemeldet, gegen 2009 Neubauten im Sept. 1922. Im August 1923 wurden 549 Wohnungs- und 339 Fabrikbauten gezählt.

Warenmarkt. Die nächste Rauchwaren-Versteigerung in Leipzig findet am 24. und 25. Okt. statt.

Ausstellungen und Messen. Der Termin für die 6. Wiener Internationale Messe ist für die Zeit vom 9. bis 15. März, 1924 festgesetzt worden und zwar unmittelbar anschließend an die Leipziger Messe.

Landwirtschaft. Die Herbstweiden geben in den nördl. Gegenden reiche, in den südlichen häufig nur geringe Nahrung. — Das Brennrecht für Kartoffeln ist von 100 Prozent auf 50 Prozent herabgesetzt worden. — Die Hopfenernte wird bei einer Anbaufläche von 11 742 Hekt. (1913: 22 203) auf einen Ertrag von 32 434 Dv. = 2,8 auf 1 Hekt. (87 415 = 3,9) geschätzt.

Produktenmarkt. Die Devisenhaupte hat an den Produktenmärkten große Verwirrung hervorgerufen. Die Zurückhaltung der Produzenten hängt eng mit den Vorgängen auf dem Gebiete der Währung zusammen. Die Preise bewegen sich dem Dollarkurs entsprechend in hohen Zahlen. Die Forderungen lauten bereits zum großen Teil auf Goldmark.

Viehmarkt. Die Zufuhren sind etwas reichlicher geworden. Bei meist lebhaftem Verkehr gingen die Preise stark nach oben.

Verkehr. Die Wiederbelebung der deutschen Großschiffahrt auf dem Rhein vollzieht sich nur recht langsam. 75 Prozent der Tonnage liegen noch still.

Arbeitsmarkt. Die Lage hat sich ganz wesentlich verschlechtert; besonders stark sind die Betriebseinschränkungen im Schuh-, Bekleidungs- und Textilgewerbe, bei den Tabakfabriken, sowie in der Metall- und Maschinenindustrie. Bemerkenswert ist das außerordentlich starke Angebot weiblicher Arbeitskräfte.

Ausland. Jeder neue Bericht aus Oesterreich stellt wesentliche Fortschritte der staatsfinanziellen Sanierung fest. — In Polen gestaltet sich die Wirtschaftslage von Tag zu Tag schlimmer. Der Sturz der polnischen Mark ist rapid. Die Feuerung wächst ins Ungeheure. — In England ist die Arbeitslosigkeit wieder stark im Zunehmen. — Die Herbstsaatfläche Rußlands ist um 31 Prozent größer als diejenige des Jahres 1922 und um 13 Prozent größer als im Frühjahr 1923.

Neueste amtliche Kurse

vom 17. Oktober 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

| | | |
|---------------------------------------|-----------------------------------|----------------|
| Anleihen: | Hohenl. Nährmittel | — |
| 5% Dtsch. Reichsanleihe | Kaiser Otto | — |
| Dt. Sparprämienanl. | Cauffener Cement | — |
| Bankaktien: | Machhg. Heilbr. 3 000 000 000 % | — |
| Darmstäd. Bank 9 000 000 000 % | St. Ludwigshalle 15 000 000 000 % | — |
| Deutsche Bank 14 000 000 000 % | Wfa | — |
| Dresdner Bank 7 000 000 000 % | Devisenkurse: | — |
| Rhn. Creditbank 3 500 000 000 % | vom 18. Okt. | — |
| Süd. Discontoges. 8 000 000 000 % | New-York 1 Doll. M. | 8 140 000 000 |
| Industrieaktien: | Holland 1 Gulden | 3 391 000 000 |
| Adlerw. Kleber 2 000 000 000 % | Schweiz 1 Franc | 1 469 250 000 |
| Allgem. Elektr.-Ges. | London 1 Pfund | 38 902 000 000 |
| Bad. Anilin 30 000 000 000 % | Paris 1 Franc | 513 600 000 |
| Chem.-Griesheim 26 000 000 000 % | Berliner Metallmarkt: | — |
| Daimler Motor. 3 500 000 000 % | Elektrolytkupfer Mk. | — |
| Eltr. Licht u. Kraft 16 000 000 000 % | Raffinadekupfer | — |
| Fuchs Waggon 1 200 000 000 % | Hüttenweichblei | — |
| Heidelb. Cement 6 000 000 000 % | Zinn, Banca | — |
| Höchster Farben 24 000 000 000 % | Hüttenrohblei | — |
| Karlsruh. Masch. 8 000 000 000 % | für 1 Kilo. | — |
| Knorr Heilbronn 5 800 000 000 % | Hamburger Metallmarkt: | — |
| Nedkarf. Fahrzeuge 3 500 000 000 % | Silber p. Kilo Mk. | — |
| Zellstoff Waldhof 2 000 000 000 % | Gold in Barren p. Gr. | — |
| Zuckerfabr. Heilbr. 7 500 000 000 % | Platin per Gramm | — |
| „Waghäusel 7 000 000 000 % | Schiffahrtsaktien: | — |
| Schiffahrtsaktien: | Hapag | — |
| Nordd. Lloyd | Reichsbankdiskont | 90 % |
| Freiverkehrswerte: | Reichsbanklombard 10 % wertb. | — |
| Benzt Motoren | Goldfr. Fr. 20 — 13800 Mill. M. | — |
| Gern. Linoleum | Goldzollanf. 95 599 999 900 p. H. | — |
| Gummivv. Nedkar 1 500 000 000 % | Goldankaufspreis 1 kg 640 D. | — |
| | Silberankaufspreis 400 000 000 D. | — |

Marktberichte.

Der Zuckergrundpreis ist von der Zuckerwirtschaft im Einverständnis mit den Berliner amtlichen Stellen auf die exorbitante Höhe von 20 Milliarden pro Zentner Basis Melis Magdeburg hinausgesetzt worden. Da gleichzeitig die Fabrikationszuschläge und Steuerzuschläge um das 10- bis 30fache gestiegen sind, so war mit der bedauerlichen Tatsache zu rechnen, daß der Zucker im Kleinverkauf in dieser Woche rechnerisch 506 Millionen pro Pfund hätte kosten müssen. Durch Streichung verschiedener Unkostenpositionen war es möglich, diesen Preis auf 489 Millionen (gleichmäßig für alle Sorten) zu reduzieren, eine weitere Herabsetzung war jedoch angesichts der außerordentlich hohen Forderungen der Zuckerwirtschaft und der rapiden Steigerung der Fabrikationszu-

schläge leider nicht angängig. Zur Ausgabe gelangt auch in dieser Woche 1/2 Pfund pro Kopf.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 18. Oktober 1923.

Table with 2 columns: Product name and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, and various types of flour.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts vom 15. September 1923.

Die Preise verstehen sich per 100 kg alles in Millionen Mark. Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 146 Ochsen, 112 Bullen, 290 Kühe und Rinder, 152 Kälber, 16 Schafe, 165 Schweine; 109 Arbeitspferde und 35 Schlachtpferde.

3. Kl. 139-150, 4. Kl. 120-130, 5. Kl. 100-120 Mill.; Kälber 1. Kl. - , 2. Kl. 260-270, 3. Kl. 250-260, 4. Kl. 230-250, 5. Kl. 210-230 Mill. Mk.; Schafe 1. Klasse 240-260, 2. Kl. 220-240, 3. Kl. 180-230 Mill. Mk.; Arbeitspferde 80-200 Milliarden, Schlachtpferde 20-40 Milliarden. Marktverlauf: Mit Großvieh und Kälbern lebhaft, geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft; mit Pferden lebhaft.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spejen, wie Fracht, Markt-, Futter-, Beförderungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugetrieben: 17 Kälber, 0 Schafe, 0 Schweine, 284 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro Pfund Lebendgewicht in Millionen Mark: Kälber b 300-320, c 290-300, d 280-290, e 260-280; Ferkel und Läufer 2-20 Milliarden pro Stück. Marktverlauf: Mit Kälbern mittelmäßig, geräumt; mit Ferkeln und Läufern mittelmäßig.

Schlüsselzahlen des 19. Oktober.

Badische Feuerzählung (ohne Bekleidung): Stichtag 15. Oktober: 583 634 623 643,12 (Vorwoche 101 634 562,81). Reichsindexziffer: Stichtag 15. Oktober: 691,9 Mill. Mk. (Vorwoche 109,1 Mill. Mk.).

Großhandels-Feuerzählung: Stichtag 16. Oktbr: 1093 Mill. (Vorwoche 307,4 Mill.). Goldzollaufgeld: 17.-19. Oktober 107 999 999 990 Prozent (20.-23. Oktober 93 399 990 900 Prozent).

Goldmark: 1947 417 286. Eisenbahn: Perzententarif ab 18. Okt. 600 Mill., Gütertarife ab 18. Okt. 1000 Mill. Schlüsselzahl des Badischen Gastwirtsverbandes: 1200 Mill. Mk.; 1/4 Liter neuer Weißwein 200 Mill. Mk., Rotwein 250 Mill. Mk.; Essen in Kleinbetrieben 500 Mill. Mk., in Mittelbetrieben 600 Mill. Mk.

Bad. Einzelhandel: 225 Mill. M. (Vortag 175 Mill. M.). Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins: 90 000 000. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: vom 20.-26. Okt. 2 Mill. Buchhändler-Schlüsselzahl: 1600 Millionen. Die Schlüsselzahl für Arzneitage: für Waren und Gefäße 12 000 000, für die Arbeitsvergütung 1 100 000. Ärzte-Schlüsselzahl ab 19. Oktober: 1000 Mill. Schlüsselzahl der Schneiderinnen und Weißnäherinnen: 350 Mill.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 21. Oktober. Frauensonntag. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst. Stadtvikar Meerwein. 1 Uhr: Kindergottesdienst.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Handelsregistereintrag: Die Firma S. Herbst Nachf. in Rappenauf ist erloschen. Amtsgericht Sinsheim.

Bei den vom 14. ds. Mts. ab erfolgenden Lohnzahlungen ist das 32 fache der in der zweiten Septemberhälfte geltenden Ermäßigungen an dem einzubehaltenden Steuerbetrag von 10 v. H. abzuziehen. Die Sachbezüge beim Steuerabzug sind vom 16. ds. Mts. ab mit dem 5 fachen der Beträge für die 2. Septemberhälfte zu bewerten. Sinsheim, den 15. Oktober 1923. Finanzamt.

Bekanntmachung.

Für den Stromverbrauch vom 1.-15. Oktober 1923 werden berechnet: per Kwst. Lichtstrom 300 Millionen, Kraftstrom 200, Elektrizitätswerk Sinsheim a. E.

Gänselebern

kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Zusendung erbitte durch Eilboten-Paket oder eingeschriebene Warenprobe. Porto wird vergütet. Fa. Wilhelm Raier, Karlsruhe-Mühlburg, Mühlstr. 14, Telefon 2099.

Kammerjäger u. Rattenfänger

Wietzhütter, alter erfahrener Fachmann, ist wieder in Sinsheim und Umgebung und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse und sämtliche Ungeziefer auch bei gefüllten Scheunen. Referenzen aus ganz Deutschland. Bestellungen erbitte man beim Landboten.

WHITE STAR LINE AMERICAN LINE advertisement. Includes ship names like PITTSBURGH, MANCHURIA, MONGOLIA, CANONIC, MINNEKANDA. Contact: Hermann Kettig & Co., Heidelberg.

Advertisement for 'Organisations-Steuerbuches' by G. Beder'sche Buchdruckerei, Sinsheim. Text: 'Der richtige Weg aller Steuerpflichtigen ist die Führung eines Organisations-Steuerbuches für das Finanzamt.'

Advertisement for 'Die neuen Postgebühren vom 20. Oktober 1923 ab.' Includes tables for postage rates for letters, newspapers, parcels, and telegrams.

Advertisement for 'Wollsachen Persil'. Includes an illustration of a man and text: 'Für Wollsachen gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der Stoffe überflüssig macht. Persil ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene Waschmittel.'